



# Konsequente repressive Maßnahmen notwendig

**MdL K. König-Preuss und MdB M. Renner zu den Durchsuchungen bei Neonazis**

**In den frühen Morgenstunden des 23. Juni haben die Spezialeinheit GSG 9 der Bundespolizei sowie Spezialkommandos aus weiteren sechs Bundesländern und die Bereitschaftspolizei insgesamt 14 Wohnungen und Treffpunkte mutmaßlicher Neonazisten in Südthüringen, im Raum Erfurt und im niedersächsischen Göttingen durchsucht. Es wurden Waffen, Munition, Drogen, Propagandamaterial sowie Handys und Computer sichergestellt, so das Landeskriminalamt in Erfurt. Die Staatsanwaltschaft Gera führt ein Verfahren wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung.**

Dazu Katharina König-Preuss, Sprecherin für Antifaschismus der Linksfraktion: „Die Durchsuchungen richteten sich gegen die ‚Europäische Aktion‘ (EA), einen europäischen Dachverband von Holocaustleugnern. Bereits seit mehreren Jahren nimmt die ‚Europäische Aktion‘ Einfluss auf die Thüringer Neonaziszene – von Präsenz auf Demonstrationen, über Schulungen bis hin zu seit 2015 stattfindenden wehrsportähnlichen Übungen. In der neonazistischen Szene Thüringens sind sie gut vernetzt, nutzen diverse Immobilien und treten auf fast allen größeren Neonazi-Veranstaltungen auf, stellten dabei auch immer wieder Logistik, wie Lautsprecherwagen und Tontechnik. Bisher verfügten sie in Thüringen über Stützpunkte in Nordthüringen und

Sonneberg sowie in Erfurt und Weimar. Im Raum Weimar gab es bereits im Jahr 2015 wehrsportähnliche Trainings in Wäldern, bei denen Aufklärungsaufgaben, Abseilübungen, Bergwerksbegehungen sowie Waldbiwaks durchgeführt wurden.“

Die Abgeordnete erinnerte an ihre Bewertung, die sie bereits im Jahr 2015 vorgenommen hatte: „Die ‚Europäische Aktion‘ ist ein Sammelbecken von Holocaustleugnern und Neonazis. Wenn nun auch noch wehrsportähnliche Übungen durchgeführt werden, gilt es, hier doppelt genau hinzusehen. Die strafbare Leugnung des Holocaust ist ein politischer Kern der Vereinigung. Es ist also durch die Behörden nun zu prüfen, ob der Vereinszweck dem Strafgesetz zuwider läuft und entsprechende Konsequenzen zu ziehen sind.“

**VS-Chef: „Wir haben rechtsterroristische Strukturen, sehen sie aber noch nicht überall“**

Sollte sich bewahrheiten, dass Axel S., der Gebietsleiter der „Europäischen Aktion“, von den Durchsuchungen betroffen und Teil der mutmaßlichen kriminellen Vereinigung ist, so gäbe es einen neuen Ansatz, das RechtsRock-Festival am 15. Juli in Thamar einer erneuten versammlungsrechtlichen Überprüfung zu unterziehen und die Gefahrenprognose entsprechend zu aktualisieren, da Axel S. als Vertreter der „Europäischen Aktion“ vor tausenden Neonazis als Redner angekündigt

ist. Kartharina König-Preuss betonte: „Um Neonazis und deren tödliche Ideologie zurückzudrängen, benötigt es eine starke Zivilgesellschaft aber auch konsequente repressive Maßnahmen der Sicherheitsbehörden. Es ist gut, dass diese nun endlich stattfinden.“

Die LINKE-Bundestagsabgeordnete Martina Renner sagte: „Die Durchsuchungen tragen einer Entwicklung Rechnung, auf die Antifaschisten schon seit Jahren hinweisen: Die Holocaustleugner-Vereinigung ‚Europäische Aktion‘ vernetzt Akteure der extremen Rechten und stellt eine Gefahr dar. In der Tradition der deutschen Wehrsportgruppen, deren Mitglieder immer wieder für schwerste terroristische Anschläge verantwortlich waren, organisierte die ‚Europäische Aktion‘ Ausbildungslager für Neonazis. Das Netzwerk der Europäischen Aktion und die zahlreichen langjährigen Neonazi-Funktionäre, die sich in ihr organisieren, zeigen: Die Gefahr ist noch nicht gebannt und erfordert einen unablässigen Druck von Polizei und Ermittlungsbehörden ebenso wie eine offensive antifaschistische Zivilgesellschaft.“

Der Präsident des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz, Stephan Kramer, hatte der Mitteldeutschen Zeitung bestätigt, dass der Verfassungsschutz schon eine Zeit an der „Europäischen Aktion“ dran sei. Er sagte: „Meine Arbeitshypothese lautet, dass wir rechtsterroristische Strukturen haben, sie aber nicht überall sehen.“

## KOMMENTIERT:

von Torsten Wolf

### Schöne Ferien!

*Allen Thüringer Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrern, Erzieherinnen und Erziehern wünscht die Fraktion DIE LINKE einen erholsamen Sommer und viel Spaß in den Ferien. Schüler, Eltern und Pädagogen können sich auf uns verlassen: Wir sehen es als einen Schwerpunkt unserer Arbeit, dass bestmögliche Bedingungen fürs Lehren und Lernen an den Schulen bestehen. Gutes Lehrer-Schüler-Verhältnis, Ganztagschule, längeres gemeinsames Lernen, Schulbausanierung, Personalentwicklung und angestrebte Unterrichtsgarantie sind Anspruch der Arbeit der Landesregierung und im Bericht der Kommission „Zukunft Schule“ niedergelegt. Wir werden die Ergebnisse nun diskutieren und bereits in den Doppelhaushalt 2018/19 mit einfließen lassen. Dies ist ein wichtiger Baustein zur Weiterentwicklung guter Schule in Thüringen.*

*Nach nur vier Monaten intensiver Arbeit hatte jetzt die von Ministerpräsidenten Bodo Ramelow und Bildungsministerin Dr. Birgit Klauert eingesetzte Kommission ihren Bericht vorgelegt. Nachdem frühere Regierungen nicht gehandelt haben und unsere Landesregierung jeden Tag um die Bildungsqualität kämpft, hat die Kommission „Zukunft Schule“ wichtige strategische Vorschläge unterbreitet. Das ist vergleichbar mit einem Rohdiamanten, der jetzt bearbeitet werden muss und das Potential hat, die Thüringer Schulen entscheidend voranzubringen. Dazu sind noch weitere Entscheidungen notwendig, bei denen wir uns als Linksfraktion mit allen Partnern einbringen, die dazu Willens sind.*

*Neben einer umfangreichen Analyse der Gründe, die zu Unterrichtsausfall führen, hat die Kommission Überlegungen unterbreitet, die nun umgesetzt bzw. weiterentwickelt werden. So zur kurzfristigen Unterrichtsabsicherung (u.a. ein flexibles zusätzliches Personalbudget für die Schulen und deutlicher Ausbau der Vertretungsreserve) und zur Aufwertung des Lehrerberufes (Ziel der A13/ E13 für Regelschul-LehrerInnen).*

*Wir danken den Mitgliedern der Kommission für ihre kompetente und engagierte Arbeit. Die Schülerinnen und Schüler, die Eltern und Lehrkräfte erhielten damit kurz vor den Ferien die Gewissheit, dass Rot-Rot-Grün die Unterrichtsabsicherung und die Schulentwicklung zum Schwerpunkt ihrer Arbeit macht.*

## AKTUELL

### Keine Abschiebungen nach Afghanistan

Die Thüringer Landesregierung bleibt bei ihrer Entscheidung, keine Abschiebungen nach Afghanistan zuzulassen. Migrationsminister Dieter Lauinger sagte gegenüber der Thüringer Allgemeinen, Afghanistan lasse sich nicht in sichere und unsichere Gebiete unterteilen.

Auf Antrag der Koalitionsfraktionen hatte sich der Thüringer Landtag in seiner Sitzung am 21. Juni in einer Aktuellen Stunde mit dem Thema befasst. Die flüchtlingspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Sabine Berninger, hatte mit Verweis auf die Bundesregierung betont: „Es braucht angesichts der eindeutig lebensgefährlichen Verhältnisse nicht eine vage Aussage einer möglicherweise neu zu bewertenden Sicherheitslage. Was afghanische Geflüchtete brauchen,

ist Sicherheit. Nämlich die Sicherheit, nicht irgendwann die unangekündigte Abschiebung in Anschlaggebiete befürchten zu müssen. Eine Bundesregierung, die Geflüchtete angesichts der eindeutigen Gefahrenlage durch vage Ankündigungen hin- und in Ungewissheit hält, hat ihren Anspruch verwirkt, von verantwortungsvoller Flüchtlingspolitik zu reden.“

Nach Angaben der UN-Mission UNAMA wurden im vergangenen Jahr 7.920 Zivilisten verletzt, 3.498 getötete zivile Opfer waren zu beklagen, im ersten Quartal 2017 zählt UNAMA bereits 1.466 verletzte und 715 getötete Menschen. Die afghanische Regierung befindet sich nach eigenen Angaben mit mehr als 20 terroristischen Gruppierungen in kriegesischen Auseinandersetzungen, 31 der 34 Provinzen seien

nicht sicher. Mit mehr als 620.000 inländisch Geflüchteten und aus Pakistan und Iran zurückgeschobenen Geflüchteten (700.000 im Jahr 2016) ist das Land überfordert, katastrophale Lebensbedingungen in Flüchtlingslagern und Slums sind die Folge. „Diese elenden Verhältnisse kommen zur Gefahrenlage noch hinzu. Dass die Bundesregierung dies ignoriert und sogar (mit Verweis auf gezahlte Entwicklungshilfsmittel) negiert, ist zynisch. In solch lebensgefährliche und elendige Zustände darf man Menschen nicht abschieben“, so Sabine Berninger. „Unser Ziel ist, mit einer Bundesratsinitiative einen dauerhaften Abschiebestopp für Geflüchtete aus Afghanistan zu erreichen. Damit afghanische Geflüchtete nicht länger in Ungewissheit und Furcht vor Abschiebung leben müssen.“